

Nominierung zum Kandidaten der ÜWG-Odenwaldkreis
(Landratswahl am 15. März 2015) am 09. September 2014 in Zell

Ansprache von Landrat Dietrich Kübler

Liebe ÜWG-Mitglieder aus allen Städten und Gemeinden des Odenwaldkreises,
liebe Freundinnen und Freunde der ÜWG Odenwaldkreis,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Presse

Im Fokus: Landratswahl am 15. März 2015

Am 15. März 2015 findet im Odenwaldkreis die Landratswahl statt. Die neue Landratswahlperiode beginnt ab dem 01.09. 2015 und geht bis zum 31.08. 2021.

Ich habe immer erklärt: Wenn ich gesund bleibe, und ihr, liebe ÜWG-Mitglieder es so auch wollt, dann stehe ich zu einer weiteren Amtszeit zur Verfügung.

Nach reiflicher Überlegung und Rücksprache mit Vorstand und Fraktion der ÜWG Odenwaldkreis, vor allem aber auch mit meiner Familie, habe ich mich entschieden, für eine weitere Periode als Landrat des Odenwaldkreises zu kandidieren.

Gerade die Vorkommnisse des letzten Jahres bestärken mich in der Auffassung, dass ich nicht das Handtuch werfen darf. Der überzeugende Wählerauftrag von vor sechs Jahren und meine konsequente Veränderungsbereitschaft geben mir den Mut, zum Wohle unseres Odenwaldkreises erneut anzutreten.

Blicken wir zurück.

Vor ungefähr sechs Jahren stand ich an gleicher Stelle hier in Zell vor Ihnen und habe meine Bewerbungsrede zur Nominierung als Landratskandidat der ÜWG-Odenwaldkreis gehalten.

Zugegeben: Niemand von uns hatte damals an einen so überzeugenden Wahlsieg geglaubt. Wir hatten Glück, dass die Odenwälder, nach über 50 Jahren SPD-Landräte, die Veränderung an der Spitze des Odenwaldkreises wollten.

Wir, die ÜWG-Odenwaldkreis, waren erfolgreich, und neben den CDU- und SPD-Landräten in Hessen kommt derzeit der einzige parteilich ungebundene Landrat aus dem Odenwaldkreis.

Werden wir uns heute noch einmal des tiefen Einschnitts meines Wahlergebnisses innerhalb der politischen Landschaft des Odenwaldkreises bewusst.

Rückblick auf die Landratswahl am 8. März 2009

Der Odenwaldkreis und seine Töchter und Enkelinnen hatte eine seit Jahrzehnten gewachsene Personalstruktur, die nun einmal nicht nur durch dienstliche Beziehungen, sondern auch durch weitere Netzwerke entstanden war.

Das Neue an meinem neuen Amt

Das neue Amt, das ich am 1. September 2009 antrat, brachte nicht nur für meine Person ein hohes Maß an Verantwortung und neue Aufgaben mit sich, ich musste mich als ein Quereinsteiger innerhalb dieser seit Jahren gewachsenen Strukturen integrieren, meine Art und Weise der Verwaltungsleitung besprechen und die eine oder andere Personalentscheidung treffen.

Natürlich hat ein Landrat als Behördenleiter immer die Verantwortung dafür zu tragen.

Aber ich hatte mir vorgenommen, zuerst einmal zuzuhören und mir die Verwaltungsabläufe ganz genau anzusehen. Nach meiner Grundüberzeugung war und ist es mir völlig gleichgültig, wie meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Privatleute politisch orientiert sind. Das spielt für mich, als freier Wähler, nach wie vor überhaupt keine Rolle. Ich halte es hier wie der Alte Fritz mit der Religion: Es kann jeder nach seiner Fassung selig werden.

Das einzige, was ich von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlangt habe und auch weiterhin verlange: Das sind im dienstlichen Bereich: Gute Sach- und Fachkenntnis und praktizierte Loyalität.

Dankbar bin ich in diesem Zusammenhang, dass mein Führungsstil, dem ein Teamgeist zu Grunde liegt, bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf so große Resonanz gestoßen ist.

Träger der Innovation

Natürlich kann ich nach über fünf Jahren bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine gewisse Unterscheidung vornehmen: Modernisierer, die die Erkenntnis verinnerlicht haben, dass wir eine lernende Verwaltung mit einem immensen Veränderungsbedarf sind. Weiterhin sind wir durch EU-Gesetzgebung aufgefordert, die Rolle als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger anzunehmen.

Die Unsicherheit der Bewahrer

Auf der anderen Seite gibt es aber auch noch Verantwortungsträger, die sich mit diesen veränderten Bedingungen sehr schwer tun.

Es ist eine alte Erkenntnis, dass jedes System, das sich zu reformieren beginnt, in die Krise gerät. Leute, die gegen Systemveränderungen sind, sind meist auch sehr gute Beobachter: Wer zuschaut und nichts macht, der macht auch keine Fehler.

In diesem Zusammenhang habe ich viel dazugelernt: Wenn es darum geht, lange diskutierte und abgestimmte Veränderungen umzusetzen, dann gehen die eigentlichen Auseinandersetzungen erst richtig los.

Dann kommen neben der eigentlichen sachlich politischen Bühne, weitere Orte für die verschiedensten Szenen hinzu. Und am Ende heißt es: Politisch Lied, garstig Lied.

Damit muß ein Politiker, damit muß ein Gesamtsystem leben, auch das habe ich gelernt.

Die Grenzen der Veränderung

Die Medaille hat jedoch auch für einen Landrat eine andere Seite:

Wenn mir in den letzten Monaten der Wind so richtig ins Gesicht geblasen hatte, so gab es viele Mitbürgerinnen und Mitbürger die mir, bei meinem festen Stand in der Brandung, ihre Anerkennung und auch Mut zusprachen. Von einigen, die mir viel Empathie entgegenbrachten, weis ich, dass sie auch anderen politischen Gruppierungen angehören.

Dank sage ich auch an alle Mitglieder der ÜWG Odenwaldkreis, die mir immer wieder wertvolle Hinweise gaben, um für die Bürgerinnen und Bürger aus allen Teilen unseres schönen Odenwaldkreises Politik für dieselben positiv gestalten zu können. Die Treue der ÜWG-Kreistagsfraktion ist sprichwörtlich. Mir bleibt lediglich Danke zu sagen.

Im Rückblick: Die Kreistagswahl am 27. März 2011

Das Ergebnis meiner erfolgreichen Wahl zum Landrat des Odenwaldkreises vor fünfeneinhalb Jahren wurde von vielen Beobachtern wie ein Erdbeben empfunden. Aber danach blieb es erstaunlich still. Ich konnte mit viel Elan und breiter Unterstützung meine Arbeit als Landrat beginnen.

Mit der Wahl eines neuen Kreistages 2011 ging die Zahl der Wahlberechtigten im Vergleich von vor zehn Jahren von knapp 60 % auf noch 51 % zurück. Wird sich dieser Trend bei der Landratswahl fortsetzen? Ich hoffe, dass dem nicht so ist.

Nun zur Kreistagswahl 2011. Durch das Kumulieren haben die Wähler bekanntlich so viele Stimmen, wie Sitze im Kreistag zu vergeben sind.

Zum Ergebnis: Im Vergleich von vor 10 Jahren hatten die SPD und auch die Republikaner nahezu 40 % ihrer Stimmen verloren; die CDU verlor 25 %, die FDP verlor 15%, die GRÜNEN konnten ihre Stimmenzahl verdoppeln und wir von der ÜWG hatten mehr als 20 % an Stimmen gewonnen. Bezogen auf das Jahr 2006 hatten wir von der ÜWG sogar 60 % mehr Stimmen erhalten.

Als die Sitze für den Kreistag zugeteilt wurden ergab sich folgendes Bild:

CDU	13 Sitze
SPD	17 Sitze
FDP	2 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7 Sitze
DIE LINKE	2 Sitze

ÜWG
DIE REPUBLIKANER

9 Sitze
1 Sitz

Welche politischen Konstellationen waren nach der Kreistagswahl 2011 möglich?

Bei 51 Kreistagsmitgliedern beträgt die Mehrheit der Sitze 26. Die Odenwälder Wählerinnen und Wähler hatten gesprochen, und unser politischer Weg in die Zukunft wurde vorgewiesen: Es blieb nach der Wahl nur eine realistische Politikbasis für ein Zusammenwirken übrig: Eine Koalition von SPD und ÜWG, wie sie seit vielen Jahren bestand. Alle anderen Kooperationsmodelle haben wir mit Ihnen sehr genau reflektiert und wir konnten keine gemeinsame und nachhaltige Basis für eine andere politische Konstellation erkennen.

Zum Dauerthema "Hauptamtlicher Erster Kreisbeigeordneter"

Bereits in meiner Rede zur Nominierung als Landratskandidat der ÜWG am 18. November 2008 hatte ich folgendes festgestellt:

"Moderne Verwaltungen zeichnen sich durch eine flache Hierarchie aus: Die Delegation von Verantwortung von Oben nach Unten und der Abbau von Verwaltungsebenen stellen völlig neue Herausforderung an die Führungsverantwortlichen.

Da wir uns bei unserem Heimatkreis der Herausforderung der Reform unserer Verwaltung stellen, war folgendes angedacht: Mit dem aktuell anstehenden Ausscheiden von Führungskräften innerhalb der Verwaltung, soll die Führungsebene verflacht werden. Es war geplant eine Führungsebene einzusparen und dafür die politische Führung, auch von ihrem Zeitkonto her, zu verstärken.

Im Rahmen einer kostenneutralen Organisationsveränderung sollte das Amt des Ersten Kreisbeigeordneten wieder hauptamtlich werden."

Diese Organisationsveränderung haben wir durchgeführt. In unserer Verwaltung ist eine Hierarchieebene weggefallen; die Stelle des Ersten Kreisbeigeordneten wurde geschaffen und besetzt.

Permanente Aufgabe: Organisationsoptimierung

Dennoch sehe ich beim Odenwaldkreis und seinen Eigenbetrieben und seinen Töchtern einen weiteren enormen Bedarf an Organisationsoptimierungen. Hier müssen wir handeln!

Wir von, der ÜWG-Odenwaldkreis, haben die Gründung von Eigenbetrieben und der OREG zustimmend begleitet und wirken auch in den Gesellschaften konstruktiv mit.

Damals galt es, gerade bei dem Bau- und Immobilienmanagement, das Vermögen zu bewerten und den jährlichen Wertverlust durch Abnutzung zu ermitteln, um uns ein Bild vom jährlichen Ressourcenverbrauch zu machen.

Mit der Einführung einer neuen Transparenz in weiten Bereichen sind wir systembedingt weitaus weiter als in der Kameralistik gekommen.

Wir wollten ferner in der damaligen Welt der Kameralistik wissen, wie stark wir von unserem Bestand leben. Nachdem mittlerweile auch bei unserer Kernverwaltung die Doppik eingeführt ist und die Kameralistik der Vergangenheit angehört, ist die Grundlage für die Aufgabenerfüllung in einem Eigenbetrieb weggefallen. Dies gilt umso mehr, da wir nach der Hessischen Gemeindeordnung, bzw. der HKO zum 1.1.2016 eine Konzernbilanz vorzulegen haben.

Die ÜWG will eine Reorganisation bei den Kreistöchtern

Wir können uns nicht mehrere Buchhaltungen parallel erlauben, wir brauchen nicht die verschiedenen Prüfungen von Jahresbilanzen, die dann ohnehin in eine Konzernbilanz einfließen.

Aber auch Tätigkeiten bei unseren Töchtern sollten mit unserer Kernverwaltung zusammengefasst werden, damit sich Mutter und Töchter nicht weiter auseinander leben. Als Beispiel seien die Öffentlichkeitsarbeit, Datenverarbeitung und Buchhaltungstätigkeiten genannt.

Neben – nach meiner Meinung – immer noch zu vielen Abteilungen mit hoch dotierten Abteilungsleitern, leisten wir uns als kleinster Kreis noch einige Eigenbetriebe mit gut bezahlten

Geschäftsführern und verhindern damit die Effizienz einer modernen Verwaltung.
Wenn wir für diese Modernisierung Mehrheiten bekommen, dann können wir durch eine Vernetzung auf Dauer erheblich Kosten einsparen, ohne dass unseren Kreisbürgerinnen oder Kreisbürgern etwas weggenommen wird.

Was waren im Jahr 2009 meine Handlungsziele als neuer Landrat für den Odenwaldkreis?

Vor fünfeinhalb Jahren hatte ich folgende sechs Handlungsfelder genannt:

- Verändertes Personalmanagement im Landratsamt
- Erhaltung und bedarfsorientierte Verbesserung ÖPNV
- Energetische Wende zur Klimaschutzregion
- Erhalten und Verbesserung des Bildungsangebotes
- Glasfaser für jede Kommune und jeden Ortsteil
- Gemeinsam neue Herausforderungen erkennen und Lösungen suchen

Personalmanagement Landratsamt

Gelungener Start

Hier bin ich überzeugt, dass ich in Sachen "Personal des Odenwaldkreises" schon viel bewegen konnte. Dies war schon mit einem langen Atem und mit intensiven Diskussionen verbunden.

"Standortmarketing und Beharrlichkeit"

Natürlich hatte ich hier zugegebenermaßen schon so meine Schwierigkeiten, die mit dem über einem Jahr geläufigen Stichwort "Standortmarketing" ihren Höhepunkt erreichten.

Wir haben unter der Überschrift "Standortmarketing" es geradezu mit einem Schulbeispiel zu tun, wie ein Veränderungsmanagement von vielen zwar mitgestaltet und mitgetragen wird, wie aber verschiedene Bewahrer weiterhin am Gestern hängen.

Veränderungsverweigerung

Schade, und das war im Nachhinein auch mein Fehler, dass ich hier die einem System innewohnende Veränderungsverweigerung völlig unterschätzt habe.

Methoden der Veränderungsverweigerer

Auch die Methoden, der Veränderungsverweigerung sich Geltung zu verschaffen, waren mir völlig fremd. Ich sage ausdrücklich, dass ich derartige Methoden ablehne: Anonyme Anzeigen und der bewusste Bruch von Dienstgeheimnissen gehören zu einer Welt, mit der ich mich niemals anfreunden werde.

Wir sind auf dem richtigen Weg!

Dennoch sind wir in den letzten fünfeinhalb Jahren auch innerhalb unserer Kreisverwaltung einen großen Schritt weiter gekommen. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten mit einem erheblichen Veränderungsdruck ihren Dienst versehen. Es waren hierbei nicht die Veränderungen innerhalb unserer Kreisverwaltung alleine, es waren auch die gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Ihnen gebotenen Chancen wahrgenommen, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen noch besser für die Menschen innerhalb unseres Odenwaldes eingesetzt. Wir haben Weiterbildungsangebote unterbreitet, die auch insbesondere von jungen, an Führungsaufgaben interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genutzt wurden.

Innovative Veränderungen machen Spaß

Ich möchte gerne mit diesem, meinem Team, weiterarbeiten, wobei ich zugeben muss, dass ich vielleicht doch nicht der bequemste Chef bin.

Ich erwarte Leistungsbereitschaft und denke, dass es in öffentlichen Einrichtungen wichtig ist, Leistungsentgelte aufgrund von Stellenbewertungen zu entrichten. Diese Stellenbewertungen haben wir auf den Weg gebracht.

Die ÜWG steht für die Reintegration der Eigenbetriebe in die Kreisverwaltung

An dieser Stelle gilt es zur Organisation des Odenwaldkreises abschließend festzuhalten: Auch

wenn wir von der ÜWG bei den Grundsatzentscheidungen zum neuen Haushalt nach jetziger Erkenntnis keine Mehrheiten im Kreistag für die Reintegration der Eigenbetriebe und die Zusammenfassung gleicher Tätigkeiten zwischen Kreisverwaltung und OREG bekommen werden: Ich stehe für diesen dringenden notwendigen Modernisierungsschritt.

Wie ist mein Verhältnis zum Personalrat?

Wenn von Personalmanagement die Rede war, so mag bei manchen von Ihnen die Frage durch den Kopf gegangen sein: Welches Verhältnis hat er denn zum Personalrat?

Die diplomatische Antwort auf diese Frage lautet: Das Verhältnis ist spannend; die ehrliche Antwort lautet: Das Verhältnis ist angespannt, nicht was die handelnden Personen anbelangt, aber die Themen.

Warum ist dies so?

Wenn ich so in unsere Runde schaue, so stammen wir alle aus einer Zeit, in der unsere Gesellschaft auch als Wachstumsgesellschaft bezeichnet wurde. Die Grenzen des Wachstums, haben wir nur bedingt verinnerlicht. Umso heftiger sind heute unsere Erkenntnisse.

Gerade bei den Einnahmen sind kaum noch Wachstumsraten zu verzeichnen; das Einzige was weiterhin kräftig wächst und ansteigt, sind die Ausgaben. Genauso ist es auch bei unserem Kreishaushalt.

Wenn keine wachsenden Einnahmen vorhanden sind, dann können auch die gewohnten Ausgaben nicht ständig weiter wachsen. Um dieser aufgehenden Schere entgegenzutreten, haben wir das Ziel die Personalausgaben zu deckeln.

Natürlich stehen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die gesetzlichen und tariflichen Gehaltssteigerungen zu. Bei guter Leistung müssen auch unbedingt Beförderungen ausgesprochen werden. Wir dürfen den Wettbewerb um das beste Personal nicht verlieren. Altersbedingtes Ausscheiden und eine gewisse Fluktuation beim Personal geben uns die Freiräume, um durch Optimierung der Strukturen und Verbesserung der Arbeitsabläufe die Finanzmittel freizusetzen, um den steigen-den Personalausgaben entgegenzuwirken.

Das bedeutet eine permanente Diskussion mit dem Personalrat.

Aus der Aufgabenstellung des Systems heraus haben wir nun einmal verschiedene Positionen. Dennoch wird unser Verhältnis durch gegenseitigen Respekt gekennzeichnet.

Spezialthema: Mein Verhältnis zum DGB und zu verdi

Völlig anders ist mein Verhältnis zum DGB und verdi. An dem Tag, an dem mich der DGB und verdi zu loben beginnen sollten, an diesem Tag mache ich garantiert etwas falsch!

Hier ein Beispiel: BAW:

Gerade bei der Rettung unserer BAW haben der DGB und verdi aus einer völlig falschen Position heraus versucht, Öl in das Feuer der brennenden Einrichtung zu gießen.

Auch mir haben die tief greifenden Umstrukturierungen dieser Kreistochter BAW wehgetan, zumal einer der profiliertesten ÜWG-Politiker, Werner Schoefer, die BAW vor vielen Jahren mit großem persönlichen Einsatz gegründet und zu einem beispielhaften Erfolgsmodell entwickelt hatte.

Auch Werner Old hat, zusammen mit anderen, im Aufsichtsrat dieses Erfolgsmodell über viele, viele Jahre weiter begleitet. Als dann Bundesmittel drastisch gekürzt wurden, kam die BAW in die Krise. Die Geschäftsführung war dieser Herausforderung nicht gewachsen.

Der Landrat, der mit den Ursachen der Krise nichts zu tun hatte, genau dieser Landrat, der kam durch unrealistische Forderungen des DGB in die Schlagzeilen.

Hier wurde versucht mir das Desaster in die Schuhe zu schieben, beziehungsweise sollte ich mit massiven Geldforderungen veranlasst werden, eine Einrichtung die früher beispielhaft arbeitete, mit neuem Kreisgeld und altem Personalbestand bei wegfallenden Aufgaben der Einrichtung künstlich am Leben zu erhalten. Dazu stand ich nicht zur Verfügung.

Dem Odenwald wurde von dem DGB ein Offenbacher Gegenmodell vorgestellt, das zum Zeitpunkt der Vorstellung schon sehr stark konkursgefährdet war und auch später in die Insolvenz ging.

Was lernen wir aus dem Beispiel BAW?

Hier sehen wir: Wir werden nicht jeden Erbhof erhalten und jeden einzelnen Arbeitsplatz in seiner überlieferten Aufgabenausstattung erhalten können.

Meine Antwort auf diesen Wandel und die Veränderung lautet:

Wir müssen unsere Strukturen verändern. Jeder, der in irgendeiner Weise auf dem Lohnzettel des Odenwaldkreises steht, muss als Teil lernender Verwaltung die Notwendigkeit der Veränderung verstehen, diese leben und mittragen, und das im aller besten Fall auch noch aus Überzeugung und somit freiwillig mitgestalten.

WENIGER IST MEHR!

Und hier kann ich meine gelebte Grundposition und mein Anspruch an die kommende Wahlperiode sehr gut auf den Punkt bringen:

- Weniger ist mehr!
- Ich habe nicht den Anspruch, alles zu versprechen!
- Ich habe nicht den Anspruch alles machen zu können!
- Das für das ich stehe und das was wir aber machen, das machen wir mit Herzblut und insbesondere nachhaltig!

Der Begriff Nachhaltigkeit ist in der Forstwirtschaft vor 300 Jahren entwickelt worden.

Meine Familie hat nach diesem Prinzip über 400 Jahre im Odenwald gewirtschaftet, nicht nur Kahlfelder weitervererbt, sondern auch neu kultiviert. Den Kindern und Enkel wurden so auch ein Teil der dicken Bäume überlassen. So konnte der Besitz erhalten werden und jede Generation konnte gut leben.

Ich stehe für verlässliche Aussagen!

Es gibt da so eine Aussage, mit der ich mich nicht identifizieren kann:

- Nur Menschen mit einem Scheißegal-Gen sind für die Politik geeignet.

Diese Aussage muss nun einmal nicht für alle Politiker, auch nicht für alle Landräte, gelten. Ich stehe für eine andere Welt!

- Ich habe stets nur das in Aussicht gestellt und auch zugesagt was ich auch halten konnte!

Wie Sie sehen haben wir beim Personalmanagement Landratsamt und bei der Veränderung bestehender Organisationsstrukturen einen großen Schritt nach vorne in die richtige Richtung gemacht. Hier bleibt aber noch sehr viel zu tun. Das ist einer der bedeutenden Gründe, die mich bewegen eine zweite Amtszeit anzustreben.

Erhaltung und bedarfsorientierte Verbesserung ÖPNV

Unser Ländlicher Raum muss Mobilität garantieren!

Was ich hier versprochen habe, habe ich auch eingehalten.

Dennoch stehen wir gerade bei der Mobilität der Menschen im Ländlichen Raum vor ungeahnten Herausforderungen.

Garantiert Mobil

Der Rückgang bei den Geburten bedeutet auch ein Rückgang bei den Zahlen bei Schülerbeförderung. Die Schülerbeförderung wiederum ist eine wesentliche Säule unseres ÖPNV-Angebotes. Hier suchen wir nach angemessenen Alternativangeboten, die wir mit dem Projekt "Garantiert Mobil" mit Leben erfüllen wollen. Bei den regulären Buslinien könnte es mit rückläufigen Schülerzahlen zu weniger Buslinien kommen; Garantiert Mobil müsste aber dann bei weniger Buslinien ein Mehr an Mobilität gewährleisten.

Die größte Herausforderung wird sein, ein Buchungsportal zu entwickeln, das die Möglichkeit der Anwendung moderner Technik, wie Smartphones, ermöglicht.

Das neue Konzept ist auf alle Fälle so angelegt, dass dauerhafte Zuschüsse nicht eingeplant sind.

Odenwaldbahn 2030

Aber auch das Erfolgsmodell Odenwaldbahn wird seit einiger Zeit vom Erfolg eingeholt. Die steigende Benutzungsquantität als Ausdruck des Erfolgs hat zur Folge, dass wegen der starken Angebotsannahme die Züge überfüllt sind. Die von uns angestrebte und erreichte Akzeptanz der Odenwaldbahn, leidet unter der starken Frequenz der Benutzer.

Hier kann natürlich nicht meine Maxime gelten: Weniger ist mehr. Mir ist bewusst, dass im Hinblick auf die Benutzungsqualität hier eine große Aufgabe vor uns liegt. Die Diesel betriebenen Züge haben mittlerweile nahezu die Hälfte ihrer regulären Lebenszeit hinter sich. Wenn sich Ende des kommenden Jahrzehnts die Frage der Ersatzbeschaffung stellt gehe ich davon aus, dass wir bis dahin die Strecke elektrifizieren müssen. Die eine Zugtrasse wird dann auch in mehreren Teilabschnitten zweigleisig werden müssen.

Schon vor zwei Jahren habe ich die Forderung an den RMV gestellt, eine Vision 2030 zu entwickeln.

Ziel ist es, zukunftsfähige Aussagen zu Fahrgastzahlen, Kundenwünschen, Kosten und Technik zu bekommen, um damit die nächste Generation der Odenwaldbahn vorzubereiten.

Energetische Wende zur Klimaschutzregion Gemeinsamer Flächennutzungsplan Windkraft

Zu diesem Punkt habe ich bei meiner Landratskandidatur nicht nur Ankündigungen gemacht, sondern ich habe auch gehandelt. Beispielhaft sei hier der gemeinsame Flächennutzungsplan aller Kommunen des Odenwaldkreises genannt.

An diesem gemeinsamen Plan aller Kreisgemeinden hängt viel Herzblut von mir, aber auch von allen Bürgermeistern.

Gemeinsam ist bei uns die Erkenntnis: Nach § 35 BauGB können prinzipiell überall im Odenwaldkreis Windräder durch den Regierungspräsidenten genehmigt werden, wenn die gesetzlichen Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen. Die Gemeinden als Träger der örtlichen Planung werden zwar im Verfahren gefragt, sie haben aber in der Regel keinen Rechtsgrund eine Planung abzulehnen. So sind am Hainhaus in Vielbrunn und am Geisberg in Mossautal-Erbach mehrere Windräder vom Regierungspräsidenten genehmigt worden. Die Odenwälder Bürgerinnen und Bürger wurden weder gefragt noch an der Planung beteiligt.

Mit dem gemeinsamen Flächennutzungsplan beteiligen wir die Bürgerschaft, und die Gemeinden haben die Möglichkeit von ihrem Planungsrecht Gebrauch zu machen.

Wir wollen Planung anstatt Zufall!

Bei den zurzeit stattfindenden Stellungnahmen zur ersten Offenlegung zum Teilplan Windkraft der Regionalplanung Südhessen wird kein Kreis so fundiert und mit Gutachten belegte Eingaben vorlegen können wie der Odenwaldkreis. Wir haben somit die Möglichkeit, neben der Wertschöpfung für die Region, auch die „Verspargelung“ des Odenwaldes zu verhindern.

Bei dieser Gelegenheit bedanke ich mich bei den Bürgermeistern des Odenwaldkreises und den Stadt- und Gemeindeparlamenten, dass sie mitgemacht haben.

In Hessen gibt es keinen Landkreis der diesen kooperativen Weg gegangen ist; mir ist in Deutschland kein Landkreis bekannt, der eine solche Planungskonzeption entwickelt und in dieser beispielhaft kontinuierlichen Form am Umsetzen ist.

Natürlich hat dieses Gemeinschaftsprojekt auch Gegner. Am Gestern orientierte Zeitgenossen glauben, dass in dieser Frage noch Odenwälder Landrecht Gültigkeit hat. Frei nach dem Motto: „Was wir nicht wollen, kommt nicht.“ Dem ist aber leider nicht so. Die mittlerweile genehmigten und gebauten Windräder wollte kaum einer im Odenwaldkreis und trotzdem sind sie nach Paragraf 35 Bundesbaugesetzbuch als privilegierte Maßnahmen gebaut worden und wenn es Erträge gibt, ziehen die Stadtwerke von Bad Vilbel und Viernheim ihren Nutzen daraus und wir dürfen sie uns jeden Tag ansehen.

Erhalten und Verbessern des Bildungsangebotes

Bei meiner Landratskandidatur habe ich mich für das Erhalten und für die Verbesserung des Bildungsangebotes im Odenwaldkreis ausgesprochen.

Der Ersatz der Schulschwimmbäder durch Neubauten in Beerfelden und Reichelsheim zeigt, dass ich Wort gehalten habe. Wenn die Voraussetzungen, wie zum Beispiel Schülerzahlen, stimmen, dann werde ich mich auch weiterhin für eine Erhaltung des Bestehenden einsetzen. Die

finanziellen Rahmenbedingungen erfordern allerdings, dass die notwendigen Investitionen in energetische Maßnahmen an unseren Schulen gestreckt werden müssen. Dies ist sehr bedauerlich, denn der beste und billigste Klimaschutz ist das Einsparen von Energie, egal in welcher Form.

Die BSO ist die innovativste Schule Südhessens

Das Berufliche Schulzentrum Odenwaldkreis (BSO) hat sich zur Rechtlich Selbstständigen Beruflichen Schule weiterentwickelt und wurde zur Anstalt des öffentlichen Rechts. Damit ist das BSO „die innovativste Schule Südhessens“. Die Schule hat jetzt mehr Gestaltungsmöglichkeiten, um mit Industrie, Handel und Handwerk zusammenzuarbeiten. Sie profitiert dabei von den Branchenkenntnissen und den regionalen Netzwerken.

Im Bereich der Grundschulen konnten weitere Schulen in das Programm der ganztägig arbeitenden Schulen aufgenommen werden. Bei der dazu notwendigen räumlichen Umgestaltung ist uns die demografische Entwicklung hilfreich gewesen. Notwendige Räumlichkeiten (z.B. Mensa) konnten weitestgehend durch Umnutzung bestehender Räume realisiert werden.

Bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes, muss der demografische Faktor eine besondere Berücksichtigung finden. Stand die ÜWG bisher zu dem Motto „Kurze Beine - kurze Wege“, so muss der Fortbestand von kleinen Schulen bei rückläufigen Schülerzahlen überdacht werden. Denn diese kleinen Systeme können den aktuellen Anforderungen, wie Ganztagsbetreuung, nicht genügen.

Das Gymnasium in Michelstadt als Gymnasium mit Hochbegabtenförderung

Stolz bin ich, dass die Schule die Anerkennung als Schule für Hochbegabtenförderung erhalten hat. Hier wurde die Innovationsbereitschaft der Leitung und der Lehrerschaft des Gymnasiums Michelstadt anerkannt. An dieser Stelle mein Respekt und meine Anerkennung für diese Leistung.

Glasfaser für jede Kommune und jeden Ortsteil Breitband für alle!

In meiner Bewerbungsrede um die ÜWG-Landratskandidatur habe ich ein klares Ziel definiert:

Wir brauchen in all unseren Gemeinden und deren Ortsteilen Glasfaseranbindungen. Ich habe nicht nur dieses Ziel formuliert, denn dieses Ziel haben mittlerweile alle Landkreise und alle Kommunen in Deutschland, ich habe mich tatkräftig dafür eingesetzt, dass wir dieses Ziel auch gemeinsam bei uns im Odenwaldkreis umgesetzt haben.

Wer von Ihnen kann eine wichtigere Infrastrukturmaßnahme für unseren Odenwaldkreis überhaupt benennen?

Wir haben das geschafft und sind vorerst der einzige Landkreis in ganz Deutschland, der seinen Bürgerinnen und Bürger, allen Firmen und Institutionen einen Breitbandanschluss mit 50 MB bietet. Leider werben wir derzeit zu wenig für dieses Alleinstellungsmerkmal. In den nächsten Monaten und insbesondere auch nach meiner Wiederwahl werde ich mich weiterhin ganz bewusst dafür einsetzen, dass der Odenwaldkreis für diese Errungenschaft mehr wirbt.

Gemeinsam neue Herausforderungen erkennen und Lösungen suchen

Vor sechs Jahren habe ich meine Bereitschaft bekundet, gemeinsam mit allen politisch Verantwortlichen, egal aus welcher politischen Gruppierung und der Bürgerschaft des Odenwaldkreises neue Herausforderungen zu erkennen, uns diesen Herausforderung zu stellen und Lösungen zu suchen. Diese Art des Vorgehens gegenüber der sich sehr schnell verändernden Welt hat sich nach meiner Einschätzung bewährt.

Beispielhaft sei hier unser neues Breitbandnetz genannt.

So viel zu den sechs Grundsätzen und Zielen meiner ersten Amtszeit.

Standortmarketing

Keiner kann und will es eigentlich mehr hören, aber ich glaube, dass ich Ihnen hier und heute auch meine Meinung zum Thema Standortmarketing erläutern sollte.

Inhaltlich haben wir uns über das Konzept Standortmarketing eigentlich nie gestritten. Dafür ging es vielmehr um Kompetenzfragen.

- Zuerst war für einige Beteiligte unklar: Wer entscheidet eigentlich über den Auftrag für das Erarbeiten des Standortmarketings?

Natürlich der für die Finanzen des Kreises verantwortliche Kreisausschuss!

- Dann wurde gefragt und auch gestritten, nach welchen

Verfahren der Verdingungsordnung auszuschreiben, und der Auftrag zu vergeben war. Natürlich galt auch hier der Grundsatz: Zwei Juristen drei Meinungen.

Und wenn es nicht vielleicht doch noch von irgendeinem Gericht entschieden werden sollte, werden wir es abschließend ohnehin nicht erfahren, ob richtig oder falsch ausgeschrieben wurde.

Übrigens, was ein Gericht entscheidet, das gilt!

Dennoch gilt die Erkenntnis: Es gibt zu Gerichtsurteilen immer wieder verschiedene Auffassungen! Zugegeben, ich möchte an dieser Stelle meine Hände nicht in Unschuld waschen und so tun, als ob ich überhaupt nicht an diesem Verfahren beteiligt gewesen wäre.

Natürlich hatte ich als Landrat während des gesamten Verfahrens mich bei Entscheidungen positioniert. Das erwartet die Öffentlichkeit von mir. So sehe ich auch meine Dienstpflicht! Mit meiner jeweiligen Position habe ich nie hinter dem Berg gehalten.

Bis auf die Entscheidung über die Auftragsvergabe im Kreisausschuss fand die gesamte Auftragsvorbereitung und Abwicklung bei der OREG statt.

Ich war bei den Entscheidungen über die Art der Ausschreibung nicht eingebunden. Bei der Auswahl der Agenturen stand ich der dafür zuständigen Steuerungsgruppe vor und habe auch von meinem Recht und meiner Pflicht mich zu positionieren Gebrauch gemacht.

Dennoch erhielt ich als Landrat und auch als Vorsitzender des Aufsichtsrats der OREG die Kritik über die Art der Ausschreibung und das Vergabeverfahren.

Seit über einem Jahr steht eine offene Frage im Raum:

Hat Kübler beim Standortmarketing Strafrecht oder Vergaberecht verletzt?

Warten wir ab, wie die Antworten der zuständigen Stellen aussehen werden. Wenn ich mir etwas vorzuwerfen hätte, hätte ich nicht die Standfestigkeit gehabt, all das, was wir die letzten 15 Monate erlebt haben, durchzustehen.

Bei dieser Gelegenheit ein Dankeschön an Euch alle für Eure Geduld, in der wir uns gemeinsam geübt haben und noch üben.

Seit einem Jahr gilt:

Es wär so schön gewesen, es hat nicht sollen sein.

Wir haben mit dem Standortmarketing nicht geworben für:

- Die Vermarktung unseres Breitbandangebotes
- Unsere exzellente Bildungslandschaft
- Unsere günstigen Immobilien zum Leben und Arbeiten
- Mögliche Verbindung zwischen Familie und Beruf
- Unsere super Odenwaldbahn
- Unseren Odenwald als „grüne Lunge“ der Ballungsräume

Und das alles in einer wunderschönen Natur mit einem guten kulturellen Angebot und einem hohen Freizeitwert.

Eigentlich schade, dass es Menschen schaffen, mit anonymen und hinterhältigen Methoden einen Kreis so nachhaltig zu schädigen.

Der Akteneinsichtsausschuss

Erstmals wurde im Odenwaldkreis auf Antrag der Fraktion "Die Linken" ein Akteneinsichtsausschuss eingerichtet. Der Ausschuss hatte die Aufgabe, das Vergabeverfahren in Sachen Standortmarketing zu überprüfen. Dieser Ausschuss wurde vom Vorsitzenden der SPD-

Kreistagsfraktion Günter Verst geleitet. An dieser Stelle bekunde ich ausdrücklich meinen Respekt vor seiner Arbeit und sage ihm noch einmal ein Wort des Dankes für seine Arbeit. Die gesamten Akten wurden vorgelegt und der Verfahrensablauf wurde überprüft. Der Vorsitzende berichtete nach der Arbeit des Ausschusses dem Kreistag über die Tätigkeit des Ausschusses. Die Fraktionen bewerteten die Akteninhalte und Verfahrensabläufe und am Ende des Verfahrens stellte der Kreistag das Ende der Arbeit des Akteneinsichtsausschusses einstimmig fest.

Zwischenergebnis

Halten wir fest, was ich, orientiert an meinen Handlungszielen von vor 6 Jahren in der nächsten Wahlzeit für meine bedeutenden Handlungsfelder ansehe:

- **Reintegration von kreiseigenen Einrichtungen in die Kernverwaltung**
- **Fortsetzung der Verwaltungsmodernisierung**
- **Umsetzung des Konzeptes "Garantiert Mobil"**
- **Erstellung eines Konzeptes "Odenwaldbahn 2030"**
- **Bemühen um die Rechtskraft des gemeinsamen Flächennutzungsplanes Windkraft**
- **Aufrechterhaltung des Bildungsangebotes auf hohem Niveau in unserem Ländlichen Raum**
- **Bessere Vermarktung unseres Breitbandes**
- **Bessere Vermarktung unserer Alleinstellungsmerkmale innerhalb unserer Metropolenregionen**

Neue weitere Schwerpunkte für die nächsten 6 Jahre

Gesundheitszentrum Odenwald (GZO)

Mit dem begonnenen Neubau der Psychiatrie wird die Angebotsstruktur des GZO abgerundet. Dieses Gesamtangebot ist einzigartig für unseren gesamten Ländlichen Raum. Mit 800 Arbeitsplätzen ist das GZO einer der größten Arbeitgeber im Odenwaldkreis.

Diese Gesamtstruktur muss erhalten bleiben!

Vom Prinzip her war der Betrieb des in der Form einer GmbH organisierten GZO für den Eigentümer Odenwaldkreis kosten-neutral. Dennoch stellt sich immer wieder heraus, dass das GZO mit zu wenig Eigenkapital ausgestattet ist. Was medizinisch nachhaltig ausgestattet ist, muss auch finanziell nachhaltig ausgestattet sein. Als wiedergewählter Landrat werde ich mein ganzes Bemühen auf eine Stärkung des Eigenkapitals beim GZO fokussieren.

Das GZO dient auch der Weiterbildung junger Ärzte und so kommen beruflich sehr gut ausgebildete Menschen in unseren Ländlichen Raum; verschiedentlich sind diese Ärzte dann auch bei uns geblieben.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Handlungsschwerpunkt zu nennen:

Hausärztliche Versorgungssicherheit

Wir haben die problematische Entwicklung bei der Nachfolge von Hausärzten frühzeitig erkannt und Gesundheitskonferenzen eingerichtet. Mit dem Land Hessen haben wir ein Pilotprojekt für ein medizinisches Versorgungszentrum in der Oberzent geplant.

Ich werde meine Arbeit in der nächsten Wahlperiode auf ein Modell weiterer medizinischer Versorgungszentren im unserem Odenwaldkreis konzentrieren.

Generationenhilfe

Mit unseren öffentlichen und privaten Anbietern werden umfassende Angebote für häusliche Pflege unterbreitet. Wir sollten jedoch die bestehenden Strukturen nutzen, um ein Generationen übergreifendes Hilfenetz mit weiteren ehrenamtlich Tätigen aufzubauen. Es geht hier nicht nur um die Frage von Pflege im ursprünglichen Sinne. Das Wort Pflege ist in diesem Zusammenhang als Kontaktpflege zu verstehen.

Europageld für unseren Ländlichen Raum

Wie in den vergangenen Jahren setzen wir alles daran, um weiterhin „Leaderregion“ zu bleiben und EU-Fördergelder für unseren Ländlichen Raum, aber auch für den im Odenwald gelegenen Ländlichen Raum des Kreises Bergstraße zu generieren. Die neue Förderperiode geht von 2014 bis 2020.

Wie in den vergangenen Förderperioden haben wir mit den Kommunen des Kreises Bergstraße eine sehr gute Zusammenarbeit. Sie sehen: Auch hier muss dieses gezügelte und nicht wilde Zusammenleben im Interesse unserer Region nicht durch die Androhung einer Ehe gefährdet werden.

Weiterentwicklung des touristischen Angebotes

Ein weiteres Band zum Bergsträßer Odenwald, aber auch zu den Teilen des Odenwaldes, die in Bayern und Baden-Württemberg liegen sind der Geo-Naturpark und der Tourismus.

Wenn ich über unsere hessische Kreisgrenze nach Westen schaue, so sind der Landkreis Bergstraße und der Odenwaldkreis im Geo-Naturpark weiterhin vereint. Die Mitgliedschaft kostet uns jährlich 100.000 Euro, die wir zähneknirschend zahlen, weil uns der Kreis Bergstraße beim Tourismus allein gelassen hat und aus dem Tourismusverband ausgetreten ist.

Mein Ziel ist weiterhin die einheitliche touristische Vermarktung des gesamten Odenwaldes und das grenzenlos!

Ersparen Sie mir, dass ich heute auf einen aktuellen Streit mit der Tourismusgesellschaft Odenwald eingehe. Ich möchte mich da nicht weiter hineinhängen und bin aber zuversichtlich: Die an der Lösung der offenen Fragen arbeitenden Beteiligten werden auch eine Einigung finden.

Förderung des Wirtschaftsstandortes Odenwald

Nachdem ich beim Tourismus, als einem kleinen, aber recht bunten Teil unseres Wirtschaftsstandortes Odenwald angekommen bin, gilt es für meine Person festzuhalten: Ich stand in den vergangenen fünf Jahren als Landrat stets im beispielhaften Kontakt zu unseren Wirtschaftsbetrieben. Wer mich ansprach, dem war ich immer ein Gesprächspartner; wer geholfen haben wollte, dem habe ich versucht zu helfen. Auch wer mich nicht angesprochen hatte, auf den bin ich dennoch zugegangen, wenn sich eine Gelegenheit geboten hatte.

So soll es auch in meiner zweiten Amtszeit als Landrat bleiben:

Ich werde der Partner jedes einzelnen Betriebes sein und bleiben.

Die ÜWG hat die Jahrzehnte bestehende SPD-ÜWG

Zusammenarbeit im Odenwaldkreis beendet.

Es begann mit einem Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN".

In der Kreistagssitzung am 19. Mai 2014 lag vor der Sitzung folgender Antrag auf meinem Tisch: "Der Kreistag fordert Landrat Dietrich Kübler auf, seinen Rücktritt zu erklären und mit sofortiger Wirkung sein Amt niederzulegen".

Als Begründung wurde aufgeführt:

"Das erforderliche Vertrauen in eine ordnungsgemäße Amtsführung zum Wohl des Odenwaldkreises und seiner Bürger ist durch das Verhalten des Amtsinhabers bei der Vergabe des Standortmarketings und auch bei daraus folgenden Konflikten aus vielerlei Gründen nachhaltig und unheilbar gestört".

Die unter einer unheilbaren Störung leidenden Grünen hatten leider keinerlei rechtliche Gründe angeführt, die eine so weitgehende Antragstellung rechtfertigten.

Um den Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen hätte es einer Zweidrittelmehrheit im Kreistag bedurft.

Grüne und Linke stimmten der Aufnahme auf die Tagesordnung zu; CDU, ÜWG und REPs stimmten dagegen; unser jahrzehntelanger Koalitionspartner SPD und die FDP enthielten sich der Stimme. Also kam der Antrag nicht auf die Tagesordnung dieser Sitzung, sondern er musste auf die nächste Sitzung warten.

Meine Antwort im Kontext des vorstehenden GRÜNE-

Antrages auf eine Anfrage aus der SPD-Fraktion

Im Rahmen der Behandlung der Frage, ob der Grünen-Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung zu nehmen ist, kam es zu einer Anfrage des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD. Er hatte in etwa folgendes angefragt: Hat der Landrat zwei Mitgliedern des Aufsichtsrates der Tourismus GmbH (Die Herren Röth und Grantl) veranlasst, an einem Termin am 9.5.2014 bei der Firma Lebensform teilzunehmen?

In Pressediensten hatte gestanden, dass auch ich an dieser Sitzung teilgenommen hätte. Bei mir kam die Frage rüber, ob auch ich mit den beiden Herren bei dieser Sitzung anwesend war. Ich war bei dieser Sitzung nicht anwesend, und ich hatte deshalb die Frage mit nein beantwortet. Nachdem ich mir noch einmal die Tonbandaufzeichnung über die Sitzung angehört hatte, war mir klar, dass ich die Frage falsch verstanden hatte und demzufolge eine falsche Antwort gegeben habe.

Objektiv betrachtet war meine Antwort eine Lüge; obwohl ich überhaupt keinen Grund zur Lüge hatte. Dieses Missverständnis habe ich gegenüber den Fraktionen des Odenwälder Kreistages klargestellt und mich entschuldigt.

Gespräch zwischen der SPD- und der ÜWG-Odenwaldkreis

In einem Gespräch auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden wurde dieser Vorgang behandelt. Eine Protokollnotiz wird hier im Auszug wiedergegeben:

"Günter Verst stellt fest: Die SPD-Fraktion ist mit dieser nicht der Realität entsprechenden Antwort in ihrer Identität verletzt und kann diese Landratsantwort nicht hinnehmen.

Sie missbilligt dieses Verhalten des Landrates und will im Kreistag beantragen, diese Missbilligung der wahrheitswidrigen Antwort festzustellen. Die SPD überlegt, ob sie diese Missbilligung durch einen eigenen Antrag oder durch eine Abänderung des vorliegenden Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag behandelt haben will.

Reinhold Ruhr stellte fest: Dass Dietrich Kübler bei der Beantwortung der Frage den Vorgang verkürzt dargestellt hat. Landrat Dietrich Kübler hat sich gegenüber dem ÜWG-Fraktionsvorsitzenden entsprechend erklärt. Seine Klarstellung und sein Bedauern sind bei der ÜWG-Fraktion angekommen. Für die ÜWG-Fraktion ist mit der Klarstellung und dem Bedauern von Dietrich Kübler der Fehler verziehen. Die ÜWG-Fraktion steht hinter Landrat Dietrich Kübler.

Fraktionsvorsitzender Günter Verst stellte zu Beginn und auch am Ende des Gesprächs folgendes gegenüber der ÜWG-Fraktion fest:

Die SPD-Fraktion und die ÜWG-Fraktion haben in den letzten 40 Jahren sehr erfolgreich zur Weiterentwicklung des Odenwaldkreises zusammengearbeitet. Eine Diskrepanz besteht wegen der nicht hinnehmbaren Art der Beantwortung einer Frage vor dem Kreistag durch den Landrat. Diese Diskrepanz bezieht sich ausdrücklich nicht auf die ÜWG-Fraktion. Für die SPD-Fraktion gilt auch weiterhin der Wunsch einer Zusammenarbeit zwischen SPD und ÜWG."

Und was stand über das Gespräch in der Zeitung?

Unterbezirksvorsitzender Oliver Grobeis bestätigte dem Echo am Sonntag (1. Juni 2014), dass es in der vergangenen Woche entsprechende Gespräche mit der ÜWG gab. Man habe die Unabhängigen Wähler vor die Alternative gestellt, Landrat Dietrich Kübler zum Rücktritt aufzufordern oder auf eine Zusammenarbeit mit der SPD zu verzichten.

Der ÜWG-Verzicht und die ÜWG-Treue

- Die ÜWG-Fraktion war so frei und hat daraufhin auf die Zusammenarbeit mit der SPD verzichtet!
- Die ÜWG-Fraktion hat sich für mich, Ihren und Euren Landrat Dietrich Kübler entschieden!

Wie geht das im Kreistag weiter?

Kreistagsarbeit ist nicht nur das Arbeiten mit der SPD und der ÜWG. Ich werde versuchen gute Vorschläge zu erarbeiten, und mich um entsprechende Mehrheiten für eine sachbezogene Kreispolitik bemühen

Warten wir einmal ab. Im Jahr 2016 sind wieder Kreistagswahlen und die Wählerinnen und Wähler des Odenwaldkreises werden dann sehr wohl zu unterscheiden wissen, welche Sachkonzepte weiter zu entwickeln und zu realisieren sind.

Natürlich werden uns die Sorgen um unsere Kreisfinanzen bei allem was wir tun begleiten. Ohne eine Verbesserung unserer Mindest-Finanzausstattung im Rahmen des neuen kommunalen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2016 wird es nicht gehen. Unsere Ziele sind nach wie vor:

- ein ausgeglichener Haushalt,
- angemessene Unterhaltungsinvestition

- der Abbau der über Jahrzehnte angesammelten Schuldenlast aus unserem operativen Geschäft. Wenn ich jetzt bei den Kreisfinanzen angekommen sind. gilt es festzuhalten: Wollten wir über die Kreisfinanzen sprechen, dann könnten wir die gleiche Zeit, die ich bis dato für diese Rede benötigt habe, noch einmal dran hängen; das will ich heute nicht.

Schlussbemerkungen

Die letzten drei Absätze meiner heutigen Ansprache stammen aus meiner Vorstellungsrede von vor sechs Jahren

Vor sechs Jahren sagte ich:

"Ich gehe davon aus, dass wir einen fairen Wahlkampf führen, und dass wir in den kommenden Wochen möglichst viele Odenwälderinnen und Odenwälder ansprechen können."

• Auch dieses Mal gilt: Ein fairer Wahlkampf

Nach all meinen Erfahrungen aus den letzten Monaten werde ich mich auf jeden Fall auch dieses Mal sehr intensiv um Fairness im Wahlkampf bemühen!

Vor sechs Jahren sagte ich:

"Ich bin bereit, den begonnenen Dialog auf breiter Basis weiterzuführen. Wer mit mir ins Gespräch treten will, kann jederzeit mit mir Kontakt aufnehmen. Ich habe für alle Bürgerinnen und Bürger ein offenes Ohr."

• Auch dieses Mal gilt: Allzeit gesprächsbereit

Meine Devise allzeit gesprächsbereit mit jedem gilt weiter und zwar sowohl vor, als auch nach der Landratswahl!

Vor sechs Jahren sagte ich:

"Mögen möglichst viele Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und vielleicht trägt unser gemeinsames Bemühen entsprechende Früchte"

• Auch dieses Mal gilt: Das Wahlrecht ist ein hohes Gut.

Vor sechs Jahren sind sehr viele Menschen wählen gegangen, und unser gemeinsames Bemühen hatte Früchte getragen.

Die Anerkennung vor sechs Jahren und meine erfolgreiche Arbeit für den Odenwaldkreis mögen die Menschen anregen, mir ihr Vertrauen zu schenken und mir auch dieses Mal bei der Landratswahl am 15. März 2015 ihre Stimme zu geben.

Auch heute Abend, liebe Freundinnen und Freunde, bei der Nominierung, hoffe ich auf eine breite, wenn möglich 100% Zustimmung, sie ist die erste Grundlage für eine erfolgreiche Wahl am 15.03. 2015.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe für etwaige Fragen und eine Diskussion gerne zur Verfügung.